

Zeitschrift:	Schweizer Heimwesen : Fachblatt VSA
Herausgeber:	Verein für Schweizerisches Heimwesen
Band:	64 (1993)
Heft:	7
Artikel:	Die Einstellung von Schweizerinnen und Schweizern zur Alterspolitik : erste Befunde aus der Untersuchung "Bevölkerung und Wohlfahrt"
Autor:	Fux, Beat / Bösch, Andi / Eggenberger, Utta-Maija
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-811384

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Einstellung von Schweizerinnen und Schweizern zur Alterspolitik

Erste Befunde aus der Untersuchung «Bevölkerung und Wohlfahrt»

Beat Fux, Andi Bösch und Utta-Maija Eggenberger

Am Soziologischen Institut der Universität Zürich werden derzeit die Daten einer repräsentativen Erhebung ausgewertet. Bei der Studie «Bevölkerung und Wohlfahrt» handelt es sich um einen schweizerischen Beitrag zu einem international vergleichenden Projekt, an welchem sich insgesamt neun Länder beteiligen, und das von der UNO unterstützt wird. Sie wird vom schweizerischen Nationalfonds und vom Bundesamt für Statistik finanziert.

Während der ersten Hälfte des letzten Jahres wurden bei Männern und Frauen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren in allen Landesteilen fast 3000 Interviews durchgeführt. Thema der Untersuchung sind Meinungen und Einstellungen zu verschiedenen bevölkerungsrelevanten Bereichen, näherhin zur künftigen demographischen Entwicklung der Schweiz, zur eidgenössischen Migrations- und Familienpolitik und zum Wandel der Familienformen in unserem Land. Ein weiterer Teil der Befragung handelt von den Einstellungen gegenüber älteren Menschen. Wir erkundigen uns auch danach, wie die Alterspolitik beurteilt wird. Dieser Artikel resümiert einige der wichtigsten Befunde aus diesem Bereich der Erhebung.

Demographen warnen schon seit längerem vor den sozialen und sozialpolitischen Folgen der demographischen Alterung. Der Anteil der Bevölkerung im Rentenalter von derzeit rund 15 Prozent wird in den nächsten 50 Jahren auf annäherungsweise 24 Prozent ansteigen. Dieser Problematik ist sich die Mehrheit der Befragten bewusst. Vor allem die jüngeren Männer und Frauen, die uns Auskunft gegeben haben, beurteilen diese Entwicklung als negativ. *Das Anwachsen des Anteils älterer Menschen in unserer Gesellschaft erscheint als eine der vordringlichsten Herausforderungen, denen sich die Sozialpolitik inskünftig wird stellen müssen.*

Wir erwähnen drei Probleme, die auf uns zukommen werden:

1. Je stärker der relative Anteil pensionierter Männer und Frauen zunimmt, desto mehr verschlechtert sich die Alterslastquote, das heißt das Verhältnis jener Menschen, welche in die AHV-Kasse einzahlen und damit den Fonds für die Renten aufbauen und den Rentenbezügern. Auf lange Sicht resultieren hieraus Probleme bezüglich der Finanzierung der AHV-Renten. Wir erkundigten uns in unserer Studie danach, welche Finanzierungsmodelle bevorzugt würden.
2. Es ist zu erwarten, dass in Zukunft immer mehr Menschen ihren Lebensabend nicht mehr in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus verbringen werden. Die demographische Alterung erhöht also den Bedarf an Betreuungseinrichtungen und Alterswohnstätten. Die Befunde unserer Studie zeigen, dass diesem Umstand zum Trotz sich nach wie vor fast zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer wünschen, als Rentnerin oder Rentner im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung bleiben zu können.
3. Die demographische Alterung wird ebenfalls Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Generationen haben.

Viele Szenarien lassen sich vorstellen: optimistische und pessimistische. Man kann sich beispielsweise ausmalen, dass junge, noch rüstige Rentnerinnen und Rentner sich vermehrt an der Betreuung und Erziehung der Enkelkinder beteiligen werden und es damit jüngeren Frauen möglich machen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder, dass sie im Bereich der Betreuung hochbetagter Menschen sinnvolle Formen der Tätigkeit finden werden. Umgekehrt besteht auch Grund zur Befürchtung, dass jüngere Menschen die Pensionäre als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt betrachten, oder dass sie finanziell oder betreuungsmässig für die Betagten werden aufkommen müssen. Die langfristigen Auswirkungen der demographischen Alterung auf die Beziehungen zwischen den Generationen sind noch zu wenig umfassend erforscht, als dass man

die weiteren Entwicklungen voraussagen könnte. Vielleicht vermögen aber die Einstellungen gegenüber älteren Menschen diesbezüglich erste Fingerzeige zu geben.

Dr. Beat Fux

Erste Befunde aus der Untersuchung:

Einstellungen zu alten Menschen und Evaluation der schweizerischen Alterspolitik

Werfen wir einen Blick auf die Einstellungen der Befragten gegenüber alten Menschen in unserer Gesellschaft und auf die Beurteilung der Alterspolitik.

Die Altersforschung hat festgestellt, dass das Altern ein individuell ablaufender, lebenslanger Prozess ist. Das Altwerden gestaltet sich nicht nach einheitlichem Muster, sondern ist geprägt von einer Vielzahl sozialer, gesundheitlicher, psychischer und ökonomischer Faktoren. Es gibt nicht den alten Menschen schlechthin. Die Betagten sind von ihren Voraussetzungen, Interessen und Möglichkeiten her eine uneinheitliche Gruppe, die auf ihrem Lebensweg ähnliche Erfahrungen gemacht hat. Ist Altwerden überhaupt ein Thema für die jüngeren Generationen? Welche Vorstellungen und Wünsche haben die Jüngeren für die Gestaltung des eigenen Alters (zum Beispiel Wohnwunsch)?

Überall dort, wo mit bestimmten politischen Mitteln die Lebensbedingungen älterer Menschen beeinflusst werden, haben wir es mit Alterspolitik zu tun. Das unzweifelhaft wichtigste staatliche Instrument der schweizerischen Alterspolitik ist die 1948 eingeführte Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV). Dabei handelt es sich um jenen Bereich der Sozialpolitik, der heute von kaum jemandem mehr in Zweifel gezogen wird. Gleichwohl ist die Alterspolitik ein Bereich, in welchem in der Zukunft wichtige Weichenstellungen zu geschehen haben. Man denke etwa an den Ausbau des Gesundheitswesens (Alters- und Pflegeheime, Spitäler) oder an die Sicherung der Rentenfinanzierung.

Die demographische Alterung ist einer der Hauptgründe, welcher mittelfristig die Finanzierung der AHV-Renten zum Problem macht. Wie beurteilen die Schweizerinnen und Schweizer ausgewählte Modelle, die in der Schweiz oder in anderen Ländern heute diskutiert werden? Wir erkundigen uns nach der Vorliebe für bestimmte Finanzierungsmodelle und brachten diese in eine Rangordnung. Die Prozentangaben beziehen sich auf alle Befragten.

Bevorzugte Lösung für die Finanzierung der AHV-Renten in der Zukunft

Rentenfinanzierungsmodelle:	% der Befragten	Rang
– Erhöhung der Sozialabgaben oder Steuern	44%	(1)
– Abschaffung der Möglichkeit, sich frühzeitig pensionieren zu lassen	18%	(2)
– Erhöhung des Rentenalters von 62/65 auf 65/67	16%	(3)
– Die Höhe der Renten abhängig machen von der Anzahl der eigenen Kinder	12%	(4)
– Kinder rechtlich verpflichten, ihre Eltern finanziell zu unterstützen	6%	(5)
– Verringerung der AHV-Renten	3%	(6)

Unter den vorgeschlagenen Modellen zur Lösung der Rentenfinanzierungs-Problematik wird die Erhöhung der Sozialabgaben oder Steuern am günstigsten beurteilt. Im Vergleich dazu finden alle anderen vorgeschlagenen Lösungen markant weniger Zustimmung. Eine Erhöhung des Rentenalters – wie sie auch in der Schweiz diskutiert wird –, die Verknüpfung der Rentenansprüche mit bevölkerungspolitischen Absichten (Rentenbemessung abhängig machen von der Anzahl eigener Kinder), aber auch die Abschaffung der Möglichkeit, sich frühzeitig pensionieren zu lassen, befürworten weniger als ein Fünftel der Befragten. Eine Privatisierung der Rentenvorsorge dergestalt, dass die Kinder ihre Eltern unterstützen müssten, oder gar ein Abbau der Renten stiess nur bei einer verschwindenden Minderheit auf Zuspruch.

Ein hohes Alter erhöht nicht zwingend den Bedarf nach staatlichen Hilfsmassnahmen. Im Gegenteil: die Mehrheit der über 65jährigen vermag das eigene Leben ohne spezielle Unterstützung durch den Staat zu meistern. Dies lässt sich anhand des Wohnwunsches verdeutlichen. In unserer Studie wurde danach gefragt, wie jemand am liebsten wohnen würde, wenn er oder sie aber bei guter Gesundheit ist.

Das eigene Haus oder die eigene Wohnung wird stark bevorzugt. Männer hegen diesen Wunsch häufiger als Frauen. Mit zunehmendem Alter findet diese Lebensweise vermehrte Zustimmung. Altwerden selbst scheint somit kein hinreichender Grund zu sein, um die gewohnte Wohnform aufzugeben und sich in die Obhut staatlicher Einrichtungen zu begeben. Selbst ein speziell für ältere Menschen eingerichtetes Haus oder eine Alterswohnung wirkt im Vergleich dazu wenig anziehend. Jüngere Menschen können sich eher vorstellen, als Pensionierte eine Alters-Wohngemeinschaft zu gründen. Sowohl das Zusammenleben mit einem eigenen Kind als auch die Vorstellung, das Alter in einem öffentlichen Altersheim verbringen zu müssen, erscheint als äusserst unbeliebt.

Der klar aufscheinende Wunsch, das Alter möglichst im eigenen Privathaushalt verbringen zu können, entspricht weitgehend der heutigen Situation.

Die Wohnungszählung von 1980 hat gezeigt, dass nur eine kleine Minderheit von 7,5 Prozent aller Betagten über 65 Jahre tatsächlich in einem Kollektivhaushalt (Alters- oder Pflegeheim, Spital oder in einer anderen Institution) lebt. Die Mehrheit (92,5 Prozent) aller Betagten wohnt in einem Privathaushalt. Mit zunehmendem Alter steigt indes der Anteil der Betagten, die in Kollektivhaushalten leben.

Schweizerinnen und Schweizer haben durchaus eine positive Einstellung gegenüber älteren Menschen. Die meisten Aussagen, die sich unter der dritten Gruppe von Aussagen: «Alte Menschen als Bürde» aufgelistet finden, erhalten deutlich weniger Zustimmung als jene der beiden anderen Gruppen, welche sich einerseits als «intergenerationale Solidarität» und andererseits als «Eigenverantwortung älterer Menschen» zusammenfassen lassen. Je nach Ausbildung der Befragten zeigen sich gleichwohl Unterschiede. Personen mit tiefer Bildung betonen häufiger, dass alte Menschen auch eine Belastung darstellen können oder sie befürchten öfter,

Wohnwünsche für das Alter

Wohnwunsch im Alter	alle	Frauen	Männer	Altersgruppen		
				20–29	30–44	45–65
– Im eigenen Haus/ in eigener Wohnung bleiben	60%	56%	64%	53%	59%	65%
– In einem Haus/ einer Wohnung speziell für alte Menschen eingerichtet	12%	14%	10%	13%	11%	13%
– Ein Haus/eine Wohnung mit jemandem teilen	10%	10%	9%	15%	10%	6%
– Privates Heim-Residenz	7%	8%	5%	5%	7%	7%
– In einer kleinen Wohngemeinschaft leben	6%	7%	4%	15%	7%	3%
– Bei einem der Kinder wohnen	2%	2%	2%	3%	2%	2%
– Anderes	2%	1%	2%	2%	2%	1%
– Eines der Kinder bitten bei mir zu wohnen	1%	0%	1%	0%	1%	2%
– In einem öffentlichen Altersheim	1%	1%	1%	0%	1%	2%

dass erwerbstätige Pensionäre den Jungen die Stellen wegnehmen. Andererseits erwähnen sie häufiger, dass es eine der schönsten Aufgaben sei, den betagten Eltern zu helfen. Sie würden öfter, als dies bei Personen mit einem höheren Bildungsabschluss der Fall ist, die Eltern fragen, ob sie mit ihnen zusammenleben würden. Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss sind indes nicht grundsätzlich negativer eingestellt gegenüber alten Menschen. Sie bekunden aber skeptischere Meinungen und sehen vermutlich die Probleme deutlicher, welche das Zusammenleben zwischen den Generationen mit sich bringen würde.

Einstellungen gegenüber älteren Menschen (prozentualer Anteil derer, die mit der jeweiligen Aussage einverstanden sind)

	alle	Ausbildung		
	Befragten	tief	mittel	hoch
<i>«Intergenerationelle Solidarität»:</i>				
1. Ich hätte es gerne, wenn meine betagten Eltern kämen und mit mir zusammenleben würden	15%	26%	13%	12%
2. Selbstverständlich werde ich meine betagten Eltern fragen, ob sie bei mir wohnen wollen	25%	35%	24%	22%
3. Den eigenen betagten Eltern zu helfen ist die schönste Aufgabe, die jemand haben kann	26%	43%	24%	21%
4. Es ist die Aufgabe der Kinder, für ihre betagten Eltern zu sorgen	19%	23%	17%	20%
<i>«Eigenverantwortung älterer Menschen»:</i>				
5. Alte Menschen haben das gleiche Recht auf Arbeit wie die Jungen	21%	20%	21%	23%
6. Aufgrund ihrer grossen Lebenserfahrung sind ältere Menschen immer noch gut in der Lage zu arbeiten	23%	22%	23%	25%
7. Wenn Leute nach 65 weiter arbeiten, dann nehmen sie den Jungen die Stellen weg	27%	44%	27%	18%
<i>«Ältere Menschen als Bürde»:</i>				
8. Alte Menschen sind nicht in der Lage, für sich selber zu sorgen	3%	7%	3%	2%
9. Alte Menschen sollten in einem Altersheim leben	1%	2%	1%	1%
10. Wenn jemand kleine Kinder hat, sollte er sich nicht auch noch um seine betagten Eltern kümmern müssen	11%	15%	11%	8%
11. Betagte Eltern, die mit einem ihrer Kinder leben, sind für diese eine Belastung	19%	24%	17%	21%
12. Es ist nicht die Aufgabe der Kinder, für die eigenen betagten Eltern zu sorgen	9%	14%	9%	5%

Eine Vielzahl weiterer Fragen drängen sich auf, von denen einige im Rahmen unserer Untersuchung weiter studiert werden sollen. Wie lange werden beispielsweise die nachwachsenden Generationen bereit sein, höhere Sozialversicherungsbeiträge und Steuerabgaben zu leisten, um die AHV, die Krankenversicherung oder geriatrische Einrichtungen zu finanzieren? Wie wird sich die Solidarität zwischen den Generationen verändern? Auf einige dieser Fragen versuchen wir mit dieser Studie zumindest ansatzweise eine Antwort zu finden.